

## Stellungnahme der DVPB NW zum Kernlehrplan „Wirtschaft-Politik“ für die Sekundarstufe I am Gymnasium

Wir haben im Landesvorstand lange beraten, ob wir eine Stellungnahme zum Kernlehrplan „Wirtschaft-Politik“ für die Sekundarstufe I am Gymnasium einreichen sollen, denn Anhörungsverfahren drohen zunehmend zu einer politischen Alibiveranstaltung zu werden.

Selbstverständlich wird die Verbändeanhörung und die Auswertung der Stellungnahmen im Ministerium für Schule und Bildung NRW mit juristisch großer Sorgfalt durchgeführt. Daran besteht kein Zweifel. Es steht aber zu befürchten, dass die ungewöhnlich breite Kritik, die im Rahmen der Verbändeanhörung von Elternverbänden, Fachverbänden, Schüler\*innen und Gewerkschaft bisher geäußert wurde, kaum auf Resonanz im Ministerium für Schule und Bildung NRW stoßen wird. Ausgehend von den Erfahrungen mit Verbändeanhörungen, z.B. in Baden-Württemberg, werden die Kernlehrpläne sehr wahrscheinlich, trotz der erwiesenen Defizite, ohne maßgebliche Überarbeitung in Kraft gesetzt.

### Kritik der Landeselternschaft und der Verbände

Die Landeselternschaft fürs Gymnasien in Nordrhein-Westfalen hat in ihrer Stellungnahme deutliche Worte gefunden. Inhaltlich sei der Kernlehrplan Chemie „aus dem letzten Jahrhundert“. Das fachliche Niveau, so die Landeselternschaft, erfülle in Latein nicht gymnasiale Ansprüche. Beide Kritikpunkte treffen auch auf den Kernlehrplan „Wirtschaft-Politik“ zu, der sich inhaltlich an veraltete bayerische/baden-württembergische Realschullehrpläne und an die von der KMK definierten, auf die Kammerprüfungen ausgerichteten Elemente für Wirtschafts- und Sozialkunde für gewerblich-technische Ausbildungsberufe zu orientieren scheint.

Die Kritik der Landeselternschaft am Gymnasium, die mehr als 750.000 Eltern vertritt, kanzelte Staatssekretär Richter ab, indem er diese als „oberflächlich und nicht zielführend“ disqualifiziert (Korfmann in WAZ vom 5.4.2019). Mit Verweis auf Wissenschaftler\*innen, die beratend hinzugezogen worden seien, werden die Ein-

wände der Landeselternschaft delegitimiert. Gerade aber von den wissenschaftlichen Fachverbänden wird der Kernlehrplan „Wirtschaft-Politik“ massiv kritisiert, z.B. von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), die in ihrer Stellungnahme eine „mangelnde Wissenschaftsorientierung und ein[en] Verlust internationaler Anschlussfähigkeit der schulischen Bildung“ konstatiert ([www.soziologie.de/nc/aktuell/stellungnahmen/single-view/archive/2019/04/04/article/stellungnahme-der-deutschen-gesellschaft-fuer-soziologie-dgs-im-rahmen-der-verbändeanhoerung/](http://www.soziologie.de/nc/aktuell/stellungnahmen/single-view/archive/2019/04/04/article/stellungnahme-der-deutschen-gesellschaft-fuer-soziologie-dgs-im-rahmen-der-verbändeanhoerung/); 1.6.2019). Die Umbenennung des Unterrichtsfachs in „Wirtschaft-Politik“ wird auf breiter Front von den Verbänden kritisiert.

### Forderungen der DVPB NW

In Lehrplänen wird festgelegt, was mehrere Millionen Schüler\*innen lernen sollen. Die in den Lehrplänen definierten Bildungsziele und Inhalte haben maßgeblichen Einfluss auf die Weltsicht der nachwachsenden Generation. In Anbetracht ihrer gesellschaftlichen Bedeutung irritiert die Intransparenz und die Hinterzimmerpolitik, die bei der Konzeption neuer Lehrpläne praktiziert wird.

Bereits auf dem Landesforum im Oktober 2018 hat die DVPB NW ihren Unmut über die mangelnde Transparenz bei der Entwicklung des Kernlehrplans „Wirtschaft-Politik“ geäußert: Welche Wissenschaftler\*innen wurden beratend herangezogen? Welche Einflussnahmen von Lobbyverbänden gab es? Wie setzen sich die Lehrplankommissionen zusammen?

Die DVPB NW fordert deshalb für die Lehrplanentwicklung:

1. Die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters, in dem Gespräche, Stellungnahmen etc. von Vertreter\*innen aus Politik und Bildungsadministration mit Lobbyismus betreibenden Akteur\*innen mit Kenndaten über deren Aktivitäten erfasst werden.
2. Die Veröffentlichung sämtlicher Stellungnahmen, die im Rahmen der Verbändeanhörung eingehen.

3. Transparenz über die Zusammensetzung von Lehrplankommissionen.
  4. Die Berufung von Vertreter\*innen aus den wissenschaftlichen Fachverbänden (z.B. DGS, DVPW, GSÖBW, De-GöB) und aus den einschlägigen Lehrerfachverbänden (z.B. DVPB, Geschichtslehrerverband, Verband der Schulgeographen) in die Lehrplankommissionen, auch aus Gründen der Qualitätssicherung,
- denn der Kernlehrplan „Wirtschaft-Politik“ verliert den Anschluss an den Stand der fachwissenschaftlichen Diskussion und an die internationale Curriculumentwicklung im Bereich der gesellschaftlichen Bildung.

Die Stellungnahme der DVPB NW, die den Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen bereits mit dem Emailbrief zugestellt wurde, finden Sie auch auf der Homepage des Verbands. Die gesamte Stellungnahme zum Downloaden finden Sie



<https://dvpb-nw.de/stellungnahme-der-dvpb-nw-zum-si-kern-lehrplan-wirtschaft-politik-g9/>



<https://dvpb-nw.de/wp-content/uploads/2019/04/1.4.2019-Stellungnahme-DVPB-NW.pdf>

ebenfalls dort, und sie kann ebenfalls über den QR-Code abgerufen werden.

*Prof. Dr. Bettina Zurstrassen,  
Landesvorsitzende der DVPB NW*

Bitte vormerken

## Nachhaltigkeit – und wie!? Landesforum 2019 der DVPB NW e.V.

am Mittwoch, den 30. Oktober 2019 in der Ruhr-Universität Bochum

Nachhaltigkeit ist ein positiv besetzter Begriff. Der Idee wird kaum jemand widersprechen.

Weder in politischen Kreisen noch bei Produzent\*innen und Konsument\*innen, herrschen Zweifel: Der zunehmende Verbrauch von Energie, Wasser, Böden und Rohstoffen führt zu höheren Abfallmengen, Dürrekatastrophen, Zerstörung ganzer Ökosysteme und sozialer Lebensräume.

Aber: Vom Gutheißen zum entsprechenden richtigen Handeln ist es ein weiter Weg. Tagtäglich werden wir mit der Widersprüchlichkeit unserer Verhaltensweisen konfrontiert. „Bio“ kaufen ist das Eine, der nächste Flug in den Urlaub – die klimaschädlichste Art sich fortzubewegen – das andere. Das Handeln des Einzelnen ist wichtig, grundsätzlich bedarf es aber vor allem auch politischer Lösungen. Die Zweifel an der Handlungsfähigkeit und dem Handlungswillen der Politik sind ein Auslöser für die aktuellen Proteste von Jugendlichen.

Unter dem Motto FridaysForFuture demonstrieren Jugendliche in Deutschland und weltweit für den Klimaschutz. Auf den Plakaten ist zu lesen: „Banken werden gerettet, warum nicht das Klima?“ Während die EU-Kommission die Schüler\*innenproteste begrüßte, reagierte die Schulministerin in NRW mit Dienstanweisungen an alle Schulen. Ordnungsverfahren und Schulverweise sollen Proteste während der Schulzeit verhindern.

Die europäische Nachhaltigkeitsstrategie reicht vom Emissionshandel bis hin zu Empfehlungen und Richtlinien zum nachhaltigen Konsum und nachhaltiger Produktion. Umweltverbände haben das Motto „Global denken, lokal Handeln“ zur eingängigen Handlungsmaxime erhoben. Viele Bereiche der Wirtschaft, von der Verpackungs- bis zur Finanzindus-

trie – schmücken sich mit dem Label „Nachhaltigkeit“. Es scheint nicht zu reichen. Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung nehmen weiterhin rapide zu. Und gerade diejenigen Länder, die am wenigsten zu den Verursachern gehören, sind am stärksten betroffen.

Bei allen Übereinstimmungen mit dem Ziel „Nachhaltigkeit“ – der Weg dorthin ist umstritten und erfordert ein drastisches politisches und persönliches Umdenken: Wie verträgt sich unser Wirtschaftssystem mit dem Ziel der Nachhaltigkeit? Gibt es einen unauflösbaren Widerspruch zwischen Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum?

Das diesjährige Landesforum bietet ein Diskussionsforum zu den Fragen und Antworten zum Thema „Nachhaltigkeit – und wie?!“ Diskutiert werden auf dem Landesforum inhaltliche und politische Fragen der Nachhaltigkeit. Wie ist zum Beispiel die Diskrepanz zwischen einerseits dem großen Bewusstsein um die Bedeutung nachhaltigen Handelns zu erklären und andererseits dem erheblichen Umsetzungsdefizit? Zudem werden Bildungskonzepte für nachhaltige Bildung vorgestellt und diskutiert. Bildung für Nachhaltigkeit ist gut, aber ist sie auch mit dem Beutelsbacher Konsens vereinbar?

Auf dem Landesforum stellen lokale Initiativen, Verbände und politische Stiftungen ihre Konzepte für eine nachhaltige Bildung vor. Sie zeigen auf, wie, abseits der offiziellen Regelungen, Klimaschutz und Maßnahmen z.B. zur Biodiversität wirksam werden können.

Nähere Informationen zum Landesforum und zu den Anmelde-möglichkeiten werden demnächst auf der Webseite der DVPB NW veröffentlicht.